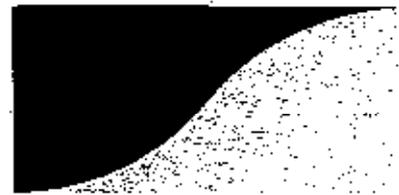


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 89 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Prof. Dr. Hartmut Soell
MdB wendet sich ge-
gen die Fluchtrhetorik
des Bundeskanzlers:
Wer hat sich an
Deutschland vergan-
gen?

Seite 1

Dr. Wolfgang Biermann
schildert die norwegi-
sche Reaktion auf den
deutschen Alleingang
innerhalb der NATO:
Norwegen erlebt
Deutschlands neue
Stärke

Seite 3

Prof. Dr. Peter von
Oertzen plädiert für
Berlin als künftige
deutsche Hauptstadt:
Braucht Deutschland
eine Hauptstadt? (Teil II
und Schluß)

Seite 4

45. Jahrgang / 211 / 5. November 1990

Wer hat sich an Deutschland vergangen?

Der Bundeskanzler übt sich in Fluchtrhetorik

Von Prof. Dr. Hartmut Soell

Der amtierende Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hat am 28. Oktober auf der Wahlkampföffnung seiner Partei der SPD vorgeworfen, sie habe sich "an Deutschland vergangen".

Zu fragen ist, ob Kohl nicht demnächst einen Schritt weiter gehen und wie weiland der größte Feldherr aller Zeiten (GRÖFAZ) behaupten wird: "Meine Braut ist Deutschland!". Dann wäre es wirklich schwer dem Vorwurf, "Sie haben sich an meiner Braut vergangen!" bzw. "Sie haben meine Braut zu scharf fixiert!", der dem Adel und dem feudalistischen Bürgertum in wilhelminischen Zeiten Anlaß zu zahllosen Duellen geboten hat, zu begegnen. Aber die Zeiten sind nicht so, daß Ironie durchdringen könnte.

Festzuhalten bleibt, daß Kohl immer dann, wenn er Antworten auf konkrete Fragen geben soll, sich in die deutsch-nationale Phrase - die klassische Fluchtrhetorik der deutschen Rechten - rettet.

Deshalb müssen ihm im Wahlkampf die folgenden konkreten Fragen immer wieder gestellt werden:

- Warum gibt es allein in den alten Bundesländern rund 6 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die unterhalb der Armutsgrenze leben, davon ca. 4,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner?
- Weshalb schaut die Bundesregierung zu, wie die Alten und Kranken Opfer eines skandalösen Pflegenotstandes werden?
- Weshalb fehlen allein in den alten Bundesländern über eine Million Wohnungen?
- Warum hat die Regierung Kohl, trotz des weltweiten Konjunkturaufschwungs seit Sommer 1982, bereits bisher erheblich mehr Schulden gemacht, als die sozial-liberale Koalition in dreizehn Jahren, während der Zeit zweier schwerer Ölpreiskrisen?
- Weshalb ist die Regierung Kohl bereit, diese erdrückende Schuldenlast von über einer Billion Mark (1990) innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre mehr als zu verdoppeln?
- Warum betreibt die Regierung Kohl noch immer den Bau von Großwaffensystemen wie dem Jäger 90 (100-Milliarden-Projekt!) oder dem neuen Panzerabwehrhubschrauber? Und warum wird allein die Rüstungsforschung von 2,5 auf vier Milliarden Mark im nächsten Jahr erhöht?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus U/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Umwelt
mit vermehrt Recycling
Recycling-Papier



- Wo bleibt die so oft bemühte christliche Verantwortung gegenüber Alten, Schwachen und unseren Kindern, wenn die Regierung Kohl die notwendige Umorientierung in der Umweltpolitik nicht begreift, sondern Schäden eintreten läßt, die vor allem die nachfolgenden Generationen schwer belasten?

Kaum anders in der Außenpolitik - war es nicht Kohl selbst, der noch im Frühsommer 1989 dafür eintrat, die atomaren Kurzstreckenraketen, die auf die Menschen im sich reformierenden Polen, in der damaligen CSSR und auf die "Brüder und Schwestern" in der damaligen DDR gerichtet waren, zu modernisieren?

Hat nicht der gleiche Helmut Kohl

- 1975 als CDU-Partei-Vorsitzender die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vehement abgelehnt - In "historischer Allianz" mit albanischen Kommunisten und italienischen Neofaschisten?
- die von Willy Brandt und Helmut Schmidt betriebene Friedens- und Entspannungspolitik jahrelang verteuelt?
- den sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow - die Schlüsselpersönlichkeit für die Öffnung Osteuropas und die Einheit Deutschlands - noch vor Jahren mit dem Nazi Goebbels verglichen?
- den Polen ihre wegweisende Rolle bei der Freiheitsbewegung in Osteuropa mit dem Laviere in der Grenzfrage gedankt?

Mit dieser Latta von Fehlern und Versäumnissen hat Kohl die Stirn, der ältesten demokratischen Partei Deutschlands einen solchen Vorwurf zu machen!

Der Partei, die nicht nur in den schlimmsten Zeiten unserer Geschichte das andere, das freie und demokratische Deutschland verkörperte und auch deshalb weltweit das größte Vertrauen genießt, sondern die auch wie keine andere Partei die dramatischen Herausforderungen unserer Zeit - den Frieden unter den Völkern und mit der Natur sowie den Ausgleich zwischen Nord und Süd - aufgenommen und Lösungen entwickelt hat.

Es ist Kohl, der sich den großen Aufgaben unserer Zeit nicht stellt und sich an unser aller Zukunft "vergeht".

(-/5.11.90/st/f0)

Norwegen erlebt Deutschlands neue Stärke

**Außenminister Bondevik beschwert sich bei Genscher über deutschen Alleingang
Innerhalb der NATO**

Von Dr. Wolfgang Blermann

Bemühungen der Bundesrepublik um Veränderung der NATO-Kommandostruktur hat einem Bericht der Aftenposten zufolge den Verteidigungsausschuß des "Stortinget", des norwegischen Parlaments, in Empörung versetzt. In der - geheimen - Sitzung am 25. Oktober äußerten Abgeordnete aller Parteien das Gefühl, in alte Zeiten versetzt worden zu sein.

Was war geschehen? Ohne die norwegische Regierung auch nur andeutungsweise zu informieren, hatte die Regierung des wiedervereinigten Deutschlands, - besser wohl: der Verteidigungsminister mit dem fast norwegisch klingenden Namen Stoltenberg -, in NATO-Gremien eine neue Kommandostruktur der NATO in Europa beinahe: Das Nordkommando der NATO - AFNORTH - in Kolsas/Norwegen sollte einfach aufgespalten werden. Der Süden Jütlands sollte dem deutschen (!!) Zentralkommando unterstellt werden, während der "kleine Rest", also Norwegen und Teile von Dänemark, als kleine isolierte Kommandoeinheit übrigbleiben sollte mit dem alten Namen "Nordkommando".

Wer dann im Norden bestimmen soll, steht für die Norweger fest: Mit einem britischen Chef an der Spitze würde Norwegen - anders als bisher - von der Gesamtverteidigung Zentraleuropas abgeschnitten und hätte überwiegend "atlantische" Aufgaben. Dies gefällt den Norwegern recht wenig. Sie befürchten eine stärkere Einflußnahme der USA, die sich heute bereits in den Auseinandersetzungen über die Wünsche nach mehr vorgelagerten Militärdepots für die US-Streitkräfte auf dem Boden Norwegens und über die vermehrte Stationierung von seegestützten Atomwaffen in den nördlichen Gewässern äußert.

Alles in allem handelt es sich bei den Berichten in der norwegischen Presse über deutsche Pläne in der NATO zunächst um Sorgen, nicht um vollendete Tatsachen. Aber der Brief des norwegischen Außenministers Bondeviks an seinen deutschen Kollegen Genscher mahnt "einen engen Dialog sowohl bilateral als auch innerhalb der NATO" an.

Das einseitige deutsche Vorpreschen löst aber Sorgen aus. So schreibt die "Aftenposten" am 25.10.1990: "Die deutschen Aktivitäten entspringen aus den neuen militärpolitischen Machtbeziehungen, die sich innerhalb der Allianz nach der deutschen Wiedervereinigung entwickeln. Deutschland wird nun der dominierende Staat in Europa, während die USA ihre Streitkräfte reduzieren." Ein bißchen mehr Sensibilität wäre nun angebracht, Herr Stoltenberg!

(-/5.11.1990/st/fü)

Braucht Deutschland eine Hauptstadt? (Teil II und Schluß)**Wir müssen unsere nationale Geschichte verarbeiten****Von Prof. Dr. Peter von Oertzen**

Im Übrigen ist die Geistes- und Kulturgeschichte des deutschen Nationalbewußtseins nicht mit dem Bismarckschen Reich identisch. (Trotz Grillparzers prophetischem Satz: "Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität"). Sie ist älter und sie ist reicher, wie gebrochen und "unglücklich" auch immer. Sogar der Frankfurter Bürgersohn und Weimarer "Geheimrat" von Goethe - nationaler Engigkeit sicherlich nicht verdächtig - bekennt in seinen Erinnerungen daß seine reichstädtisch-patrizische Familie den Preußenkönig Friedrich II. - objektiv so a-national wie ein Monarch des 18. Jahrhunderts nur sein konnte - als eine Nationale Figur erlebt habe, als ein Gegenbild zur deutschen Misere; sie seien alle "fritzisch" gesonnen gewesen. Von Lessing und Herder über Schiller und die Brüder Humboldt bis zu Böme und Heine (und Marx und Engels übrigens auch) verknüpfen sich die Entstehung der deutschen Nationalkultur, der bürgerlichen Gesellschaft und der liberalen und demokratischen Bewegungen mit der Idee eines freiheitlichen, föderativen deutschen Nationalstaates. Dieser Zusammenhang ist durch die Niederlage der 48er Revolution und den Sieg Bismarcks über das liberale Bürgertum gebrochen worden - zum Unglück des deutschen Volkes. Aber ganz zerstört worden ist er nie. Wenn heute selbsternannte "linke" Avantgarden mit der Parole "Nie wieder Deutschland" auf die Straße gehen und sich über die "Reichstagswahlen" vom 2. Dezember entweder mokieren oder entrüsten - je nachdem - dann darf man sie vielleicht daran erinnern, daß nicht nur Bismarck und Hitler (einmal, im März 1933) im deutschen Reichstag gesprochen haben, sondern auch Virchow und Mommsen, August Bebel und Karl Liebknecht. Die demokratische Linke hat im Kampf um die geistige Führung der deutschen Nation eine schreckliche Niederlage erlitten; wer wagte es, das zu leugnen? Aber seit wann ist der beste Weg aus der Niederlage der, die eigenen Traditionen auf den Müll zu werfen und die eigene Geschichte umzuschreiben?

Doch ist die Furcht vor den nationalen Traditionen nicht die einzige Sorge jener, die vor den politischen Konsequenzen der deutschen Einheit zurückschrecken. Es war wieder die schon erwähnte Frankfurter Kulturpolitikerin, die einer ganz anderen Irritation Ausdruck gab, als sie sagte, sie "Fremdele" vor der Ex-DDR. Dies scheint mir über den konkreten Anlaß hinaus eine sehr treffende Formulierung für eine Befindlichkeit zu sein, die vor allem unter der jüngeren Generation, insbesondere der Intellektuellen in Westdeutschland, weit verbreitet ist. Wen darf das wundern? Diese Generation ist im westdeutschen Teilstaat aufgewachsen, den Blick - sei es in Liebe, sei es im Zorn - nach Westen gerichtet. Im Osten hingegen war der eiserne Vorhang; und was dahinterlag, war ja nun wahrlich nicht besonders anziehend. Selbst der Kommunismus erschien in Italien oder in Kuba noch reizvoller, als in Pankow oder Eisenhüttenstadt. Soweit sich also in dieser Irritation ein gewachsenes Lebensgefühl ausdrückt, ist schlecht dagegen anzuarargumentieren. Erfahrungen können nicht verordnet, sie müssen gemacht werden.

Aber mit diesem Lebensgefühl der "Fremdheit" gegenüber dem "Osten" verbinden sich auch wieder weiße Flecken auf der historischen Landkarte. Da und dort z.B. zeigt sich eine postmoderne intellektuelle Mode, den Protestantismus - der in der Tat durch die staatliche Vereinigung Deutschlands zumindest quantitativ gestärkt wird - als besonders autoritär, borniert und lebensfeindlich abzumalen, den Katholizismus im Gegenbild als Hort von Liberalität, Sinnlichkeit und Lebensfreude. Ganz abgesehen davon, daß es verwunderlich ist, solches von Menschen zu hören, bei denen jedes dritte Wort "Aufklärung" lautet, ist diese Neigung objektiv nicht mehr als ein intellektueller Gag und nicht einmal ein besonders geistreicher. Daß der kölnische Karneval oder der Münchner Fasching verträglicher sind als die Berliner Sylvesterknallerei, sei nicht bestritten. Aber als Argument gegen die drohende Verpreußung Deutschland reicht es wohl nicht aus. Als Voltaire schrieb: "Ecrasez l'infame", da galt dieser Kampftruf doch mehr der römischen Kirche als Calvin oder Luther, (die er beide gewiß nicht sonderlich geschätzt hat). Und so leid es mir tut: Der größte Kopf der europäischen

Aufklärung saß auf den Schultern eines kleinen bürgerlichen protestantischen Professors aus Königsberg in Preußen.

Oder wenn - wie geschehen - kritische progressive rheinische Sozialdemokraten für Bonn und gegen Berlin mit dem Hinweis auf den preußischen Obrigkeitsstaat Stimmung machen, dann habe ich zwar alles Verständnis dafür, daß die Rheinländer in der Periode ihres Zwangspreußentums unter dem Kuratel der junkerlichen Verwaltungsbürokratie Ostelbiens nicht sonderlich glücklich gewesen sind. Nichtsdestoweniger hat Preußen - Obrigkeitsstaat hin oder her - mindestens ebensoviel für Aufklärung und Liberalität getan, wie das Erzbistum Köln - der demokratischen Verdienste des rheinischen Bürgertums und vor allem natürlich der "Rheinischen Zeitung" unter ihrem Redakteur Dr. Marx ungeachtet. Im übrigen: Die wirklichen und unleugbaren fortschrittlich-republikanischen Züge des Rheinlands sind ihm von der Französischen Revolution aufgeprägt worden und ganz gewiß nicht von der römischen Kirche.

Nebenbei: Mir scheint, daß sich hinter solchen historischen Blickverengungen in einer tieferen Gefühlsschicht noch eine Art von "Ost"-Feindlichkeit verbirgt, die nun freilich gesamteuropäisch ist und nicht mehr nur deutsch. Es gibt in den populären nationalen Vorurteilen Europas so etwas wie ein West-Ost-Gefälle. Die wahre Zivilisation wurzelt im "Westen" (und im Süden natürlich), und die Barbarei beginnt im Osten - je nach dem eigenen Standort am Rhein, an der Elbe, an der Oder oder an der polnischen Ostgrenze. Dieses Vorurteil trifft nicht allein Rostock, Berlin oder Leipzig, sondern mehr noch Warschau und Prag, Budapest und Belgrad. Und es ist besonders merkwürdig, daß es bei Menschen durchschimmert, denen sonst die europäischen und "multikulturellen" Parolen in meterlangen Streifen aus dem Munde hängen. Vielleicht darf man die historische Erinnerung daran auffrischen, daß die einzige wirklich große und umfassende, wenn man so will "westliche" Aktion Gesamteuropas in seiner bisherigen Geschichte die Entsetzung Wiens von den Osmanen im Jahre 1683 gewesen ist, durch eine wahrhaft "multikulturelle" europäische Streitmacht unter dem Oberbefehl des polnischen Königs Johann Sobieski.

Was Ostdeutschland anlangt, sind solche kulturhistorischen Blickverengungen ganz besonders abwegig - auch und gerade für das vielgeschmähte Preußen. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts lagen die geistig-kulturellen Zentren des alten Reiches eher im Osten als im Westen: in Österreich, in Böhmen, in Sachsen, später auch in Preußen. Um es an einem besonders gut sichtbaren Zeugnis der Vergangenheit zu verdeutlichen: Der österreichisch-bayerische Barock ist sicherlich einer der ganzvollsten Beiträge Deutschlands zur Weltkultur. Aber die Preußen und Sachsen: Schlüter, Pöppelmann, Knobelsdorff können sich mit den Fischer von Erlach, Balthasar Neumann, Dominikus Zimmermann ganz gewiß vergleichen. Nicht zu reden von der einzigartigen strengen Leichtigkeit des preußischen Klassizismus um 1800. Und schon lange vor Bismarck war Berlin neben Wien eine europäische Metropole, nicht nur der Macht auch dem Geiste nach.

Alle diese Überlegungen wären freilich rein akademisch, wenn das deutsche Volk darauf verzichten würde noch einmal die Rolle einer politischen Nation zu übernehmen. Kluge, kritische, redliche Geister raten uns, diese Rolle auszuschlagen. Aber könnten wir es, selbst wenn wir es wollten? Nationen gibt es nur im Konzert oder im Wettstreit der Nationen. Der italienische Diplomat und Gelehrte Graf Ferraris (langjähriger Botschafter in Bonn und im übrigen Befürworter einer Hauptstadt Bonn, also ganz unverdächtig) hat einmal in einem Kreise kritischer um ihre nationale Identität ringender deutscher Intellektueller freundlich-ironisch bemerkt: Wenn wir Deutschen nicht recht wüßten, wer wir wären, dann sollten wir unsere Nachbarn fragen, Polen und Franzosen, Dänen und Italiener; die würden es uns schon sagen. In der Tat! Der große englische Renaissance-Dichter John Donne hat einmal geschrieben: Kein Mensch ist eine Insel. Und ich füge hinzu: Keine Volk ist es! Heute weniger denn je.

Alle Völker Europas halten an ihren nationalen Traditionen fest: Engländer und Franzosen, Spanier und Italiener. In Osteuropa bekräftigen die Menschen - aus dem Völkergefängnis des sowjetischen Imperiums entlassen - ihre nationale Identität aufs Neue. Nicht nur Polen und Ungarn, nicht nur Esten, Letten und Litauer, nein auch Ukrainer, Weißrussen und - nicht zuletzt -

die Großrussen selbst, das ehemalige Herrenvolk des Imperiums. Die Folgen dieser Renaissance des Nationalen sind ganz gewiß höchst zwiespältig: Nationale Freiheit und Selbstbestimmung gehören auch nationale Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, sie provozieren Konflikte und Pogrome. Die Faszination der Idee Europa liegt nicht zuletzt in der Hoffnung, eine übergreifende politische, ökonomische und geistige Ordnung könne und werde die Nationalismen entgiften und die Völker Europas endgültig lehren, das Trennende hinter dem Gemeinsamen zurücktreten zu lassen. Und innerhalb der Nation, so ist die Erwartung, sollen regionale Traditionen, kulturelle und ethnische Besonderung mehr kaum zur Entfaltung erhalten.

Aber Europa und das europäische Bewußtsein entspringen der Geschichte nicht als fertige Gestalten wie Athene dem Haupte des Zeus. Die Menschen werden noch lange Angehörige ihrer Nation bleiben und - bestenfalls - gleichzeitig Schritt für Schritt Europäer werden. Mit einer einzigen Ausnahme: Das deutsche Volk hat die bomierten Schranken des Nationalismus bereits abgeschüttelt; durch die schreckliche Erfahrung der Naziherrschaft klug geworden ist es - allen anderen Völkern voraus - mit einem Sprung bereits auf der höheren Ebene des reinen Europäertums angekommen. Wirklich?! Viele Kritiker der deutschen nationalen Traditionen sagen, ihnen schaudere bei dem Gedanken an eine Wiederkehr des deutschen Nationalstaates; mag sein: ich bezweifle ihre Aufrichtigkeit nicht. Aber mich schaudert auch, und zwar bei dem Gedanken, daß sich hier abermals ein deutscher "Sonderweg" auf tut, ein erneutes auf groteske Weise ins Europäisch-Internationale verkehrtes idealistisches: "Am deutschen (europäischen) Wesen soll die Welt genesen". Könnten wir nicht stattdessen versuchen, endlich einmal ein ganz normales Volk unter anderen Völkern zu sein? In Maßen europäisch, in Maßen egoistisch, und im Durchschnitt genauso provinziell wie alle anderen auch. Die besondere Schuld und die besondere Verantwortung, die uns die Jahre 1933 bis 1945 auferlegt haben, bleiben uns dennoch - so oder so!

Mir scheint, es gibt keinen anderen Weg. Und unsere Nachbarn würden ihn uns auch nicht glauben. Ihnen ist das europäische Sendungsbewußtsein des einen Deutschland genau unheimlich wie der Nationalismus des anderen. Wenn das aber so ist, dann braucht Deutschland eine wirkliche Hauptstadt, und die kann nur Berlin sein. Das Zerrbild von der Zentrale des reaktionären preußischen Obrigkeitsstaates wird sehr rasch durch die Wirklichkeit dementiert werden: Und daß - soweit man sehen kann - die einzigen Provinzen Ostdeutschlands, in denen der konservative Bonner Kurs keine Wählermehrheit findet, die Kernlande des alten Preußen sind: Großberlin und die Mark Brandenburg, ist vielleicht doch mehr als nur ein sonderbarer historischer Zufall.

Die 45 Jahre historischer Quarantäne in der rheinischen Provinz haben uns Westdeutschen vielleicht ganz gut getan - bezahlt haben dafür freilich die Ostdeutschen. Aber jetzt müssen die Deutschen den Schonraum der Teilung verlassen und sich der Wirklichkeit stellen, ihren Nachbarn, Europa, der Welt (von "Weltmachtrolle" möchte ich freilich lieber nicht reden; die Berliner würden sagen "Hamses nich ne Nummer kleiner!") Voraussetzung dafür, daß wir nicht einer neuen nationale Überhebung verfallen - Anzeichen dafür gibt es, vor allem ökonomische - ist freilich die dauernde Vergegenwärtigung unserer nationalen Geschichte, ihrer rühmlichen, vor allem aber ihrer schrecklichen Seiten. Wo wäre das besser möglich als in Berlin? Der Landwehrkanal und der Ort der Wansseekonferenz, die Bendlerstraße und Plötzensee, der Reichstag, die Wilhelmstraße und die Stalinallee. Vielleicht demonstrieren sogar wieder einmal anderthalb Millionen Menschen auf dem Platz der Republik, wovon Herr Streibl solche Angst hat - hoffentlich mit Recht! Wie auch immer: Die Entscheidung über die Hauptstadt ist ein Teil der Entscheidung darüber, ob wir unsere nationale Geschichte verarbeiten wollen oder nur verdrängen!

(-/5.11.1990/st/fr)
